

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

6. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 8. November 2001

(15.21 Uhr bis 20.52 Uhr)

| | |
|---|-----------|
| Frage Nr. 121 | 19 |
| Stadtverordneter Michael Langer, REP: | 19 |
| Stadtrat Edwin Schwarz: | 19 |
| | |
| Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 111 | 47 |
| Stadtverordnete Dr. Andrea Lehr, GRÜNE: | 47 |
| Stadtverordneter Klaus Vowinkel, CDU: | 48 |
| Stadtverordnete Barbara Heymann, SPD: | 49 |
| Stadtverordnete Heike Hambrock-Abicht, GRÜNE: | 50 |
| Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU: | 50 |
| Stadtverordnete Barbara Heymann, SPD: | 51 |
| Stadtverordnete Elisabeth Haindl, CDU: | 51 |
| | |
| Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 116 | 52 |
| Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD: | 52 |
| Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE: | 53 |
| Stadtverordnete Margrit Weißbach, CDU: | 54 |
| Stadtrat Nikolaus Burggraf: | 56 |
| Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD: | 56 |
| Stadtrat Nikolaus Burggraf: | 57 |
| Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE: | 58 |
| | |
| Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 121 | 59 |
| Stadtverordneter Michael Langer, REP: | 59 |
| | |
| 4. Wahl von vier hauptamtlichen Mitgliedern des Magistrats (Stadträtinnen/Stadträte) | 20 |
| | |
| 4.1 Bericht des Wahlvorbereitungs- und Wahlprüfungsausschusses vom 08.11.2001 | 21 |
| Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF: | 21 |
| Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS: | 23 |
| Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: | 24 |
| Stadtverordneter Michael Langer, REP: | 27 |
| Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG: | 28 |
| Stadtverordneter Volker Stein, FDP: | 31 |
| Stadtverordneter Uwe Becker, CDU: | 32 |
| Stadtverordnete Barbara Heymann, SPD: | 34 |
| Stadtverordneter Lutz Sikorski, GRÜNE: | 35 |
| Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.: | 37 |
| Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS: | 38 |
| Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF: | 40 |
| | |
| 4.2 Wahl eines hauptamtlichen Mitglieds des Magistrats (Stadträtin/Stadtrat) | 41 |
| Stadtrat Horst Hemzal: | 42 |
| | |
| 4.3 Wahl eines hauptamtlichen Mitglieds des Magistrats (Stadträtin/Stadtrat) | 42 |
| Stadtrat Franz Frey: | 42 |

du“ laufen. Also nur einer Person zugeordnet. Das halte ich für eine generelle politische Fehlentscheidung, zumal - um das ganz persönlich zu sagen - ein guter Umweltdezernent zur Verfügung stand. Durchaus qualifiziert, aber es wurde den GRÜNEN nur ein Dezernat zuerkannt, der anderen Fraktion auch, die neu hinzugekommen ist. Wenn das Sachentscheidungen und Fragen von Wert und Qualifikation sind, dann habe ich falsche Kriterien in meinem Kopf. Es gab andere Möglichkeiten. Sie sind versäumt worden, weil wir nur eine kleine Opposition im Römer haben. Meine Redezeit geht zu Ende.

(Zurufe)

Sie wollen uns ja nicht mehr zugestehen. Ist ja gut. Aber wir lernen uns auch so noch weiter kennen.

Eigentlich müssten Sie alles tun, um eine gute, qualifizierte und auch handlungsfähige Opposition zu pflegen. Wissen Sie, warum? Um selbst einen Wertungsmaßstab im Hinblick auf Ihre eigene Argumentation zur Verfügung zu haben, um sich ständig überprüfen zu können. Aber indem Sie die Opposition strangulieren - darüber wird noch zu sprechen sein - tun Sie sich auf keinen Fall einen Gefallen und damit wird die Qualifikation der künftigen Arbeit hier nicht besser werden.

Schönen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke schön, Herr Halberstadt! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneten Ditfurth, ÖkoLinX-ARL. Frau Stadtverordnete Ditfurth, Sie haben das Wort.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Guten Tag!

Herr Hübner hat das Wort vom „Römerbergbündnis“ erfunden, das mit dem Berg ist Phantasie. Vielleicht sollten wir besser „Römerkellerbündnis“ sagen.

Es gibt acht Monate nach der Wahl keinen kommunalpolitischen Situationsbericht, obwohl er vor Monaten angekündigt war. Die Oberbürgermeisterin hat dem Parlament und der Öffentlichkeit noch keine Analyse und keine Perspektive für die Stadt vorgelegt. Die Posten werden besetzt, aber die Perspektive wird abgesetzt. Die alles beherrschende Viererbande von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP will, dass das Parlament ihre Kandidaten als Dezernentin und Dezernenten wählt, aber sie will nicht, dass über ihre Kandidaten und ihre Koalition im Parlament diskutiert wird.

(Heiterkeit)

Ist es nicht lustig? Bis vor einer Stunde war es doch so, dass Sie alle nicht mitdiskutieren wollten. Dann fiel auf, nachdem wir darauf hingewiesen haben, dass Sie ansonsten durch die Rücknahme aller Ihrer inhaltlichen Tagesordnungspunkte dafür gesorgt hätten, dass der Rest der Debatte nach den Wahlen zur Hälfte von den Republikanern bestimmt worden wäre. Das war Ihnen dann doch zu peinlich. Außerdem kann es doch nicht sein, dass die gesamte Opposition diskutiert und Ihre Kandidaten und Sie selbst als ihre Vertreter schweigen. Die Peinlichkeit wäre dann doch zu arg gewesen.

Mehr und mehr Kontroversen werden auch aus dem Parlament heraus in die internen Zirkel verlagert, in Zweierunden, Viererrunden, Fünferunden und welche Quotienten es noch gibt, um uns dann als Abstimmungsblock, der immerhin 87 Prozent des Parlaments auf sich vereinigt, entgegenzutreten. Das beweist gerade das, was Sie gerne bestreiten: Dass es sich hier um eine Koalition handelt, die sich nicht mehr die Mühe macht, Interessengegensätze zu benennen, geschweige denn in klassischer Manier zu diskutieren.

Fünf von zehn Fraktionen sind nicht in den Ausschüssen vertreten. Sie entscheiden in Ihren kleinen Viererrunden alles Wesentliche. Das Parlament wird entmachtet, und bald wird es hier so spannend sein wie eingeschlafene Füße.

Ein kleiner Rückblick: Was gab es bei den Kommunalwahlen nicht alles für Befürchtungen? Bei der OB-Wahl verlangten die

GRÜNEN für ihre Unterstützung von Herrn Vandreike, er müsse vor der OB-Stichwahl seine rot-schwarzen Koalitionspläne rasch begraben. Frau Ebeling war der Meinung, dass Rot-Schwarz in ihren Augen die schlechteste Lösung wäre und die FAZ kommentierte das sehr zutreffend: „Eine Schreckensvision ist die große Koalition für die GRÜNEN natürlich vor allem deshalb, weil dies bedeutet, dass die Partei dann wieder auf der Oppositionsbank säße. Hätte es Rot-Schwarz gegeben, würde Frau Ebeling heute nicht Dezernentin. „Aber es geht ja nur um das Wohl der Stadt. Herr Vandreike schlug in der HR-Sendung ‚Eins, zwei, drei‘ eine Koalition aus CDU, SPD, GRÜNEN und Liberalen vor. Petra Roth widersprach damals noch und sagte: „Das wäre mir ein bisschen zu breit.“ War er nicht ausnahmsweise hellichtig? Es war ihr zu breit und jetzt ist es ihr irgendwie passend? Die SPD-Linke, die heute sicher ganz abweichend abstimmen wird, schlug ein Gegenmodell zu einer Koalition von CDU, GRÜNEN und FDP vor. Das wäre eine linke Gestaltungsmehrheit im Stadtparlament, die aus SPD, GRÜNEN, FAG, PDS und Europa-Liste bestünde. Ich fühle mich geschmeichelt, dass ich dabei ausgenommen werde. Natürlich werden die Linken in der SPD heute ihre Stimmen nicht den Kandidaten Hemzal und Zimmermann geben. Da bin ich mir ganz sicher.

Die vier Parteien, die vier Fraktionen werden sich immer weniger öffentlich und hier im Hause auseinandersetzen. Das ist die Tendenz, die wir überall in den Ausschüssen spüren. Allmählich werden sie zur Einheitspartei. Die Differenzen sind eine Show im Wahlkampf, um alle paar Jahre Wählerstimmen zu erhalten. Vielleicht gibt es in Zeiten von Deutschland im Krieg, ganz im Sinne von Wilhelm II., zwischen den Parteien keine Unterschiede mehr. Wenn Deutschland kriegsgeil unter rot-grüner Fahne, in den Krieg zieht und dieses Parlament sich neue Sicherheitsrichtlinien verpasst, die dazu führen - Stichwort Militarisierung, auch im Parlamentsalltag -, dass der Römer ein Bunker wird, passt dies zum Krieg. Alles kein Thema für dieses Parlament. Das alles soll möglichst nicht diskutiert werden.

Ich komme deswegen auf Petra Roth zurück, die in einer anderen Sendung des Hessischen Rundfunks nach dem Unterschied - die

Antwort gefiel mir sehr - zwischen ihr und Herrn Vandreike gefragt wurde. Da sagte sie wörtlich: „Der Unterschied zwischen mir und Herrn Vandreike: Er ist ein Mann und ich bin eine Frau.“ Vielleicht ist das wirklich das ganze Geheimnis.

(Heiterkeit)

Nach der Wahl verriet Frau Roth ein paar Pläne: „Ich freue mich, dass die SPD der Einstellung zusätzlicher städtischer Sicherheitskräfte zustimmen will. Ich möchte auch die Marktordnung und die Gefahrenabwehrrverordnung verschärfen. Ich will gegen Graffiti vorgehen und die Videoüberwachung ausbauen. Ich finde, dass das aggressive Betteln und das Trinken von Alkohol in der Öffentlichkeit wieder aufgegriffen werden muss. Ich will die Sauberkeit in Frankfurt verbessern.“

Wir haben neulich diese großartige Rede von Herrn Stadtverordneten Frank gehört. Die CDU hat es mit dem Waschen, mit der Sauberkeit, Bettler fortspülen, Geld waschen, Graffiti wegputzen, das ist die reinste Waschzwangspartei.

(Heiterkeit)

Mit Strafen, Repressionen und undemokratischer Technik hat sie es auch: Ahnden, verschärfen, strafen, überwachen. Wahre Demokratie. Aber die Schwächsten gegen die Stärksten schützen, nein. Ein Lobbyist des enthemmten Kapitalismus, Herr Zimmermann, wird Dezernent. Es gibt gleichzeitig Zwangsarbeit für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger.

Dem Kapital wird zur gleichen Zeit eine Gewerbesteuer geschenkt beziehungsweise gesenkt, die unter dem Niveau von Ende der 70er Jahre liegt. Sie ist zu niedrig und wird weiter gesenkt. So genanntes Wagniskapital, in der alten Koalitionsvereinbarung nachzulesen, wird auch verschenkt. Man weiß ja, an wen. Die Folge dieser Schuldenfalle, die die Konsequenz ist, heißt: Die vermeintliche Elite braucht Kultur, diese Abteilung der Hochkultur wird finanziert, der Sozialhaushalt wird geschlachtet. Dafür dürfen Bürgerinnen und Bürger künftig mehr Lebenshaltungskosten tragen, städtische Gebühren für Strom, Müll und Gas explodieren. Dann Kriegssteuer erst einmal für die Raucher. Ich finde, dass der

Spruch vom Verursacherprinzip so eine ganz neue Bedeutung erfährt.

Für die Ärmsten fällt doch noch etwas ab. In der Koalitionsvereinbarung steht: „Die beschränkte, kontrollierte Öffnung der B-Ebene der Hauptwache für Obdachlose bei Frostgraden wird zugelassen.“ Beschränkt ist hierbei die Vereinbarung. Kontrolliert werden wieder einmal die Falschen. Ich frage nur, haben Sie vielleicht eine Ahnung davon, wie niedrig die Lebenserwartung von Wohnsitzlosen ist und mit der Tatsache zusammenhängt, dass sie öfters bei fünf Grad plus draußen schlafen müssen, und das ständig? Warum bieten Sie also keine einfachen, aber angenehmen Quartiere an, keine Massenlager, sondern solche, in denen sich die Menschen wieder wohl und sicher fühlen? Deren Sicherheitsbedürfnis spielt keine Rolle, nur das des Besitzbürgertums, nur dessen vermeintliches Sicherheitsbedürfnis. Armut wird aus dem Gesichtsfeld verdrängt, während gleichzeitig einige im Römer sehr gern und häufig mit denen feiern, die Schuld an dieser Armut sind.

Sollte es nicht darum gehen, dass es den Menschen gut geht, dass sie gute, bezahlbare und ruhige Wohnungen haben? Nein, die städtische Holding GmbH ist offensichtlich dazu da, Mieter in Angst und Schrecken zu versetzen und um ehemalige Stadtkämmerer zu versorgen. Herr Glaser, wie es richtig irgendwo stand, wird „der teuerste Lehrling, mit 280.000 DM im Jahr“. Entweder hat er eine gute Gewerkschaft oder er ist eine Geheimwaffe der CDU und soll Wohnungen leer reden.

(Heiterkeit)

Da sollten wir den Zweckentfremdungsparagraphen überprüfen.

Wie gesund sollen die Menschen in Frankfurt sein dürfen? In der Koalitionsvereinbarung, mit allen anderen Äußerungen der vier Koalitionsfraktionen, steht dazu nichts. Die Armut wohnt weiter an lärmenden vergiftenden Ausfallstraßen in Frankfurt. Daran soll sich nach Ihrem Willen nichts ändern. Vielleicht ein bisschen mehr Flanier- und Konsumfläche an der Hauptwache, dafür die weitere Öffnung der Stadt für den Autoverkehr. Statt des alten Versprechens der autofreien Innenstadt jetzt

mehr Parkhäuser im Zentrum, also mehr Verkehr. Das heißt, die Armut wohnt in Frankfurt künftig an noch lauterer und noch giftigeren Ausfallstraßen.

Zum Bereich der Stadtplanung: Ihre eigenen Koalitionsvereinbarungen sind, sobald auch nur eine Bank oder ein Konzern leise hustet, oder ein bisschen mault, schon wieder Makulatur. Beispiel Europäische Zentralbank: Stand in Ihrer eigenen Koalitionsvereinbarung nicht etwas vom Erhalt der Großmarkthalle, von Teilöffentlichkeit, von „breiter, vollständig öffentlicher Grünverbindung zwischen Hafenterrasse und Main entlang der Deutschherrnbrücke bis zum Ostpark“? Und nun: Abriss statt Erhalt. Keine Teilöffentlichkeit. Die öffentliche Grünfläche in der Dimension eines Hundeklos und der schmale Korridor, wenn ich mir das plastisch vorstelle, hat ungefähr den Charme eines Hochsicherheitstrakts.

Da ist der Planungsjargon, der „Aufwertung des Stadtteils“ heißt. Was für ein Wert? Für wen und in wessen Interessen? Faktisch heißt diese Art der Aufwertung Vertreibung von Mietern und für viele Menschen unbezahlbar werdender Wohnraum im Ostend. Wenn die Bauherren des Zürich-Hochhauses nur missmutig die Augenbraue heben, wächst der Turm immer gleich ein paar Dutzend Meter höher.

Bereich Migrantinnen und Migranten: Zitat aus der Koalitionsvereinbarung: „Sie sind alle auf Grund ihrer Arbeit in der Wirtschaft dem Dienstleistungssektor, dem Finanzwesen und der Wissenschaft unverzichtbar und in ihrer Vielfalt eine kulturelle Bereicherung für unsere weltoffene Stadt“. Wie gut, dass Menschen nichtdeutscher Herkunft ökonomisch nützlich und profitabel sind und auch sonst kulturell brauchbar sind, zum Beispiel für die Speisekarte. Es wäre ja scheußlich, wenn es sich einfach um Menschen handelte, die unnützlich für das Kapital, gleichgültig bei den kulturellen Interessen des Frankfurter Bürgertums wären und hier einfach nur friedlich leben wollen. Wie schrecklich!

Maßnahmen gegen Rassismus, die darin stehen, o ja, eine Ombudsstelle wird eingerichtet. Irgendjemand bekommt eine Arbeitsstelle oder auch drei. Wie wäre es, wenn Frankfurt sich für ein allgemeines Wahlrecht

für Menschen nichtdeutscher Herkunft einsetzt? Das wäre wirklich eine antirassistische Maßnahme!

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Frau Stadtverordnete Ditfurth, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Beifall)

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:**
(fortfahrend)

Sie könnten sie verlängern.

Dann werde ich ein paar Punkte überspringen und nur noch zwei Sätze sagen. Erstens: Für den 1. Mai nächsten Jahres haben sich die Nazis wieder angekündigt. Dieses Parlament hat bis heute keine Antinaziresolution verabschiedet. Letzter Satz: Ich hätte gerne noch ein paar persönliche politische Anmerkungen zu Herrn Hemzal, zu Herrn Frey, zu Frau Ebeling und zu Herrn Zimmermann gemacht, aber Sie haben ja meine Redezeit so stark begrenzt, dass Sie jetzt nicht erfahren werden, was ich wohl gesagt hätte.

(Heiterkeit)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Vielen Dank, Frau Ditfurth! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Langer, Republikaner.

Stadtverordneter Michael Langer, REP:

Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren!

Wir sind alle schon ganz vom olympischen Geist durchdrungen. Dabei sein ist alles. Das haben sich die vier Großen gesagt und wollen - es hat einige Monate gedauert, dies herauszufinden - miteinander die Stadt regieren. Es ist schon interessant. Normalerweise

ist eine Koalition ja immer etwas, was man ungern macht, weil man dann Kompromisse mit anderen schließen muss. Man kann dann nicht so regieren, wie man selbst möchte. Aber dass man sich freiwillig zu einer Vierergruppe zusammenfindet, bei der zwei von vornherein nicht gebraucht werden, ist schon interessant. Das heißt, sie werden als Feigenblatt gebraucht, meistens für die eigene politische Basis.

Den Fall gab es bei der SPD, die so vollmundig erklärt hatte, sie würde nicht mit der CDU zusammengehen, dass sie es ihrer Basis und ihren Wählern nicht hätte vermitteln können, dass sie es doch tut. Also braucht man die GRÜNEN als Feigenblatt, um zu sagen: „Na ja, mit der CDU nicht, aber wir haben die GRÜNEN mit ins Boot geholt. Es wird alles wunderbar.“ Die CDU hätte gern mit den GRÜNEN zusammengearbeitet, brauchte aber von vornherein, weil das bei den eigenen Anhängern und der eigenen Wählerschaft auch nicht so ganz beliebt ist, die FDP als Feigenblatt. Man sagte sich: „So schlimm kann es mit den GRÜNEN nicht werden. Wir haben ja die FDP dabei.“ Also zwei Feigenblätter, egal in welcher Konstellation man das betrachtet. Das wiederum führt nicht nur dazu, dass man nicht so regieren kann, wie man will und mit einem Partner Kompromisse schließen muss, sondern dass man mit drei anderen Partnern Kompromisse schließen muss. Wir sehen, wozu das führt. Es führt dazu, dass wir bis heute in wichtigen Fragen dieser Stadt - die Kommunalwahl ist schon eine ganze Weile her - keine großen Entscheidungen getroffen haben. Es führt dazu, dass in den Ausschusssitzungen bald schon fünf bis zehn Minuten dafür verwendet werden müssen, um festzustellen, welche Themen wir zurückstellen, nicht nur einmal, weil man noch ein bisschen beraten muss, das wäre ja normal, sondern schon das zweite oder das dritte Mal.

Es führt dazu, dass wir heute Personalentscheidungen treffen müssen, weil es gar nicht mehr anders geht. Denn die Herrschaften scheiden aus dem Amt, die Amtszeiten wurden schon verlängert. So lange haben wir gebraucht, bis dieses Viererbündnis sich zusammengefunden hat. Dass Personalentscheidungen getroffen werden, obwohl man gar nicht weiß, für welche Politik diese Personen, die sich heute zur Wahl stellen, ei-

- das haben mir die ersten Gehversuche gezeigt -, dass es keine Denkverbote gibt, sondern es wird alles auf den Tisch gelegt und alles besprochen und diskutiert. Es werden auch Visionen vorgeschlagen werden, vielleicht auch wieder verworfen, und natürlich stehen alle vier Teilnehmer dieser Runde - das ist selbstverständlich - im Wettbewerb um beste Lösungen.

(Beifall)

Wir wählen heute gemeinsam die vier Magistratsmitglieder und werden ab Dezember den nächsten Schritt machen, nämlich den Haushalt. Das ist eine weitere Hürde, ein weiterer Zwang zur Einigung, ein weiterer Weg zur besten Lösung für Frankfurt. Ich bin sicher, es wird uns gelingen.

Nun zur Kandidatin der GRÜNEN IM RÖMER, Jutta Ebeling. Viel müsste ich sagen, aber ich mache es kurz. Frau Ebeling war in ihrer bisherigen Laufbahn zuständig für Frauen, Bildung, Schule, Kinder, Migranten und Migrantinnen und - jetzt neu - auch für Umwelt. Meine Damen und Herren, Sie sehen, das sind alles Zukunftsfragen, und deswegen kann ich mit einem Satz sagen: Sie ist gut, und wir brauchen sie.

Danke schön!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Stadtverordneten Ditfurth. Bitte schön!

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:**
(Zwischenfrage)

Erinnerst du dich noch daran, dass es einmal einen Spruch der GRÜNEN gab, der lautete: „Lokal handeln, global denken.“ Insofern denke ich, dass du mit mir einer Meinung bist, dass Fachidiotentum auch nicht gerade mystifiziert werden sollte. Wärest du bereit, wenn du noch mehr Vorlagen von der Opposition haben möchtest, noch mehr Beiträge, noch mehr Mitarbeit, dafür zu sorgen, dass die Redezeiten dementsprechend sind, dass es auch gewährleistet werden kann, dass wir

alle volle Mitglieder in den Ausschüssen sind, ein Teil davon werden und somit Möglichkeiten haben, dies zu tun?

(Zurufe)

Und wärest du bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass von meiner Redezeit zu späteren Punkten wahrscheinlich nur noch ein paar Sekunden oder zwei Minuten übrig sind? An wen richtest du den Vorwurf? Die Beschlüsse, dass wir nicht mehr reden sollen und Maulkörbe bekommen, habt ihr selbst gefasst.

(Zurufe)

Stadtverordneter Lutz Sikorski, GRÜNE:
(fortfahrend)

Das Schöne daran ist, dass ich jede Zeit der Welt habe, um darauf zu antworten. Ich fange vorne an, Jutta. Natürlich, den einen Satz, den du zitiert hast, teile ich auch. Es ist immer wichtig, das lokale Handeln in einem globalen Zusammenhang zu sehen. Was ich nicht mehr leiden kann, sind Reden nach dem Motto „Helm ab zur Gebetsmühle“. Das geht mir mittlerweile zu weit.

(Beifall)

Zweitens. Damit wir alle die Möglichkeit haben, längere und bessere Oppositionspolitik zu hören, bin ich mir sicher, dass wir in absehbarer Zeit - wahrscheinlich nach der nächsten Runde - erheblich mehr Redezeit für die kleineren Parteien beschließen werden, allerdings mit der Maßgabe, dass sie auch ausgefüllt werden soll.

(Beifall)

Denn das, meine Damen und Herren von den Oppositionsbänken, ist ebenfalls ein Phänomen: Sie klagen - wie ich meine und es von Anfang an gesagt habe - zu Recht, dass Sie zu wenig Redezeit haben, doch erstaunlicherweise, wenn man sich die Statistik anschaut, haben Sie die wenigen, eingeschränkten Minuten noch nicht einmal ausgefüllt. Darin sehe ich einen Widerspruch.

(Beifall)